

Frankenische Post

34123731
3123410133

Erscheint 2-mal wöchentlich

am Mittwoch und am Sonntag

Bezugspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 450 Hbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 40 Hbl., auf der 4. Seite 30 Hbl. Traueranzeige 1600 Hbl.

Die Geschäftsstelle befindet sich zeitweilig im Kontor W. F. Erdner, Borjatskaja № 6. Bürozeiten: werktäglich von 12-2 Uhr vormittags (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 11.

Diskus, Mittwoch, den 9. Februar 1921.

13. Jahrgang.

Der 6. Februar 1921.

Der 6. Februar d. J. wird in der Geschichte Georgiens ein Gedächtnis von hervorragender Bedeutung sein: Die Feier der Anerkennung der Republik de jure ist erst auch von der Entente! Erst die Arbeiter-Internationale, dann Sjoswet Ausland, hernach Deutschland und nun sie, die Verbandsmächte England, Frankreich, Italien und die mit ihnen alliierten Staaten zweiten Ranges, wie Belgien u. a., sie alle haben Georgien als vollberechtigtes Mitglied der großen Völkergemeinschaft der zivilisierten Welt endgültig anerkannt. Das georgische Volk hat somit durch die Feier am 6. Februar eine wichtige, wenn nicht gar die wichtigste Periode des erneuten selbständigen politischen Daseins, die Periode des schweren Ringens um sein gutes Recht, unabhängig von einer dritten Macht sich weiter zu entwickeln, in würdiger Weise befestigt. Im ganzen Lande, nicht bloß in Tiflis, ist der Jubel laut geworden, gepaart mit Begeisterung für die hohen Ziele und Zwecke, denen es nachzuführen sich zur ersten Aufgabe gestellt hat. Das Volk und seine Regierung — in seltener Einigkeit, wert, von den Vertretern der auswärtigen Mächte so begrüßt und geehrt zu werden, wie solchen zur imponierenden Truppenparade am vorigen Sonntag (6. 2.) vor dem Gebäude der Grundgesetzgebenden Versammlung auf dem Kasawel-Prospekt wahrzunehmen jeder Gelegenheit hatte, den das leider recht unfreundliche Wetter nicht im Hause zurückgehalten hatte. Und wer die Massen an diesem Tage zu beobachten nicht müde wurde, des Morgens in Erwartung des festlichen Aufzuges auf genanntem Prospekt und während jenes und schließlich nach eingetretener Dunkelheit bei der glänzenden Illumination, dort auf den Straßen und Plätzen der Stadt, der hat sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß sie tatsächlich die Bezeichnung: „freie Bürger eines freien Staates“ verdienen, so wohl-erzogen und selbstbewußt war ihr Verhalten, ohne die leibliche Störung der öffentlichen Ordnung! Ein erhebendes geschichtliches Schauspiel, die Wiegegeburt Georgiens, dauernd wird sie allen Zeugen dieses Aktes in freundlicher Erinnerung bleiben.

Politische Nachrichten.

Briand hat am vorigen Donnerstag die angekündigte Deklaration (Erklärung) über die Ergebnisse der Pariser Konferenz in der Kammer und im Senat verlesen, nachdem sie vom Kabinett gebilligt worden war. Für den Fall, daß Deutschland die Forderungen der Vertragsmächte nicht erfüllen würde, sollen weitere deutsche Gebiete besetzt, die deutschen Einkünfte beschlagnahmt, an den Grenzen der bereits okkupierten Landesteile von den deutschen Waren Zölle erhoben, die im Versailler Vertrag vorgemerkten Okkupationsfristen verlängert und noch andere Drohungen verwirklicht werden. Der frühere Minister (Kabinett Clemenceau) Tardieu, einer der eifrigsten Verfechter der Durchführung aller Bestimmungen des Gewaltfriedens, hat bei Besprechung der Deklaration eine leidenschaftliche Rede gehalten, deren Sinn kurz der war, man sei Deutschland gegenüber zu nachgiebig. Hinsichtlich der Finanzkraft Deutschlands scheint er dabei dieselben Erwägungen vorgebracht zu haben, die er bereits in der französischen Presse veröffentlicht hat. (Vgl. hierzu weiter unten: „Die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands nach franz. Berechnung.“) — Der „deu-

tsche Protest“ findet in der französischen Presse eine durchweg mißbilligende Beurteilung. Frankreich müsse auf sein Recht bestehen, Deutschland aber den Zahlungsverpflichtungen unweigerlich und das sofort nachkommen, weil andernfalls Frankreich „bantrout“ würde. Diegen oder brechen, das sei heute die einzige Lösung, und Deutschland werde nachgeben, da es zu schwach sei, um Versuchungen von rechts oder links zu erheben. Widerstand bew. zur Aufrichtung der Herrschaft des Bolschewismus mit seinen nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa verhängnisvollen Begleiterscheinungen zu folgen. — In Deutschland macht sich eine gereizte Stimmung immer mehr breit, die allerdings nur zu leicht einseitigere Verhältnisse als bisher gegen die alles zulässige Maß überschreitenden Forderungen der Entente veranlassen könnte. — Der deutsche Vertreter auf der Brüsseler Technischen Konferenz, Bergmann, ist nach Berlin zurückgekehrt, um mit der Regierung über die durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz auch in bezug auf die Entschädigungsfrage neugeschaffene Lage Rat zu pflegen. Vor der Abreise hat er den Sachverständigen der Entente-mächte eine Denkschrift überreicht, in welcher er noch einmal die Unmöglichkeit für Deutschland, eine so große Entschädigung (226 Milliarden Goldmark) zu zahlen, an der Hand eines ausgiebigen Ziffermaterials unumstößlich nachgewiesen hat. Den Verhandlungen in Brüssel auch fernherin beizuwohnen, hat Bergmann für überflüssig erklärt, wenigstens was zur Londoner Konferenz, die auf den 1. März bestimmt worden ist und zu der die deutsche Regierung inzwischen schon die Einladung erhalten hat. Do sie sich aber dazu entschließen wird, der Aufforderung nachzukommen, ist fraglich. — Die „Verhandigung“ zwischen England u. Frankreich in Paris hat — das ist die allgemeine Auffassung — den Verzicht Frankreichs auf seine bisherige Politik gegenüber Sjoswet-Ausland, d. h. die der Wiederherstellung des letzteren in den Grenzen von 1914 (mit Ausnahme Polens u. Finnlands), zur Voraussetzung gehabt, desgleichen die Einwilligung Frankreichs in die Revision des Sèvres-Vertrages, ein Vorhaben, das von symptomatischer Bedeutung für die voraussetzliche Nachprüfung auch des Versailler Friedens ist. — Die Auffassung, Lloyd George habe sich gezwungen gefühlt, Frankreichs Forderungen gegenüber Deutschland uneingeschränkt zu unterstützen, zuwider seinen früheren Erklärungen, um Amerika durch die „Verhandigung“ mit Frankreich Schach zu bieten, mag wohl nicht unbegründet sein. Aber, daß England erforderlichenfalls, um mit Amerika ins Reine zu kommen, die „Verhandigung“ mit Frankreich wieder fallen lassen wird, gilt als wahrscheinlich. Solches könnte namentlich dann geschehen, wenn die Vereinigten Staaten wirklich, wie die amerikanische Presse behauptet, gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz Einspruch erheben, weil „durch letztere die Handels- und Verkehrsinteressen Amerikas in Deutschland aufs empfindlichste gestört werden würden.“

Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit nach französischer Berechnung.

Der ehemalige Minister Tardieu hat in der vorigen Woche gelegentlich Besprechung der Erklärung (Deklaration) des franz. Ministerpräsidenten Briand über die Ergebnisse der Pariser Konferenz die Gründe und

Erwägungen für diejenigen Artikel des Versailler Vertrages auseinandergesetzt, welche sich auf den Deutschland zur Last fallenden Ersatz der Kriegsschäden, einschließlich der Zahlung von Pensionen, beziehen. Die 226 Milliarden Goldmark erscheinen ihm noch viel zu gering! Deutschland sei im Laufe von 30-40 Jahren eine weit größere Summe (650 Milliarden Goldmark) zu zahlen, in Anbetracht dessen die von der Friedenskommission seinerzeit errechneten 350 Milliarden das Mindestmaß seien, auf das sich die Forderung der Entente beschränken dürfe.

Der Inhalt der Tardieuschen Rede ist bis Schluß der Redaktion noch nicht genau übermittelt worden. Wesentlich wird derselbe aber wohl mit der Veröffentlichung Tardieus in der französischen Zeitung „L'Illustration“ vom 2. Oktober v. J. zusammenfallen, die wir nachstehend in der Uebersetzung der Münchener Wochenschrift „Auslandspost“ wiedergeben, ohne das französische Rechenzettel, das an Oberflächlichkeit und Einseitigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, an der Hand des vom deutschen Sachverständigen auf der Brüsseler Technischen Konferenz Bergmann vorgebrachten Ziffermaterials gleich an dieser Stelle widerlegen zu wollen. Die erwähnte Veröffentlichung (Tardieus) ist um so interessanter, als sie dokumentarischen Wert für die Beurteilung des ganzen Versailler Friedensinstruments hat, zu dessen Zustandekommen Tardieu nächst dem damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau am meisten beigetragen hat. Die Veröffentlichung lautet:

„Deutschland hat nicht das Recht, zu behaupten, die Friedenskommission habe ihm finanzielle Lasten aufgebürdet, ohne jene Zahlungsfähigkeit vorher genau gebräut zu haben. Die Entschädigungen der Konferenz wurden auf Grund sehr sorgfältiger Studien von Sachverständigen getroffen. Diese Vorarbeiten bezüglich der Finanzkraft Deutschlands werde ich hier in ihren wichtigsten Ergebnissen zusammenfassen: Helferei hatte vor dem Kriege die deutsche Produktion auf jährlich 43 Milliarden Mark, den Verbrauch auf 33 Milliarden berechnet, was einen jährlichen Produktionsüberschuß von 10 Milliarden Mark ergab. Andere gingen noch weiter. So schätzte Steinmann-Bucher die Produktion auf 45-50, den Verbrauch auf 30-33 Milliarden, den jährlichen Ueberschuß also auf 12-14 Milliarden Mark. Wenn diesen Ziffern notwendigerweise nur Schätzwert zum, gaben sie doch wichtige Anhaltspunkte. Die französischen Bevollmächtigten der Kommission hatten nun durch ihre Sachverständigen feststellen zu lassen, wie weit diese Zahlen durch den Krieg eine Veränderung erlitten hätten. Die Produktionskraft Deutschlands ist wie in anderen Ländern durch den Krieg und danach auch durch den Friedensschluß herabgesetzt worden. Wie hoch betraf sich diese Verminderung an Produktionskraft? Zunächst die Minderung an Arbeitskraft: Die Verluste Deutschlands betragen 1 800 000 Tote, 4 Millionen Verwundete. Rechnet man bei den Verwundeten 33-40 Prozent Invaliden so ergibt sich ein Verlust an Arbeitskraft von 3-3 1/2 Millionen Menschen. Dagegen sind durch die Abschaffung der Dienstpflicht produktive Arbeitskräfte freigegeben, ferner werden auch Frauen und Kinder in nachstendem Maße beschäftigt. Schließlich muß die Bevölkerungsunahme in Betracht gezogen werden. Sie betrug in den Jahren 1896 bis 1907 jährlich durchschnittlich 774 000, das ist 65 Prozent also 500 000 produktive Arbeitskräfte. Selbst wenn man also die Herabsetzung der

Bevölkerungszunahme durch die abgetretenen Gebiete berücksichtigt ist ersichtlich, daß sich der Verlust an Menschen kaum fühlbar machen wird und Deutschland in sechs bis sieben Jahren über die gleiche Zahl an Arbeitskräften wie vor dem Kriege verfügt. In dieser Beziehung also war für die Berechnung nichts in Betracht zu ziehen, Dagegen hat Deutschland mit den abgetretenen Gebieten 8 Millionen Einwohner verloren, das ist ein Achtel seiner Bevölkerung nach dem Stande von 1910. Die Produktionskraft Deutschlands (nach Fischer) auf 43 Milliarden berechnet) ist also auch um ein Achtel gesunken, d. i. um 57,5 Millionen. Rechnet man dazu die Produktionskraft der Kolonien mit 125 Millionen, so ergibt sich ein Gesamtverlust an Produktionskraft durch Gebietsverlust von 57,5 Milliarden. Dazu kommen folgende Verminderungen des deutschen Kapitals:

Verlorene Guthaben im Auslande	rund	20 Milliarden
Verbrauchtes Kriegsmaterial	"	20 "
Invasionsschäden in Ostpreußen	"	2 "
Vieferungen an die Entente an Schlachtvieh, Schiffen, Rabeln	"	20 "
usw. bis 1. 5. 21	"	20 "

Zusammen rund . . . 62 Milliarden
 Hierzu kommt noch ein etwas schwieriger zu berechnender Posten, nämlich die Verluste an Kapital, die durch dessen Stilllegen während des Krieges veranlaßt sind. Die Kommission veranschlagte diesen Posten insgesamt mit 43 Milliarden Mark. Sonst beträgt also der Verlust an deutschem Kapital 62 + 43 = 105 Milliarden. Berechnet man den durchschnittlichen Zinseszins mit 6 Proz., so ergibt sich aus dem Kapitalverlust von 105 Milliarden ein Produktionsverlust von 6,3 Milliarden. Zusammenfassend beträgt die Verminderung durch Gebietsverlust 65 Milliarden M., durch Kapitalverlust 6,3 Milliarden M. Also ein Gesamtverlust an Produktionskraft von 11,8 Milliarden Mark. Berechnet man die deutsche Produktionskraft vor dem Kriege auf 43 Milliarden Mark, so verbleibt jetzt noch eine Produktion von 31,2 Milliarden gegenüber einem Verbrauch von 33 Milliarden vor dem Kriege. — Aber auch der Verbrauch hat sich herabgemindert und auch hier liefert die deutsche Statistik die nötigen Zahlen. Zunächst vermindert sich der Verbrauch durch die abgetretenen Gebiete um ein Achtel, das sind hier 4120 Millionen. Zweitens aber kommt die Verminderung des Verbrauchs durch Herabsetzung der Lebenshaltung in Betracht, die auf 6 Milliarden jährlich berechnet werden darf.

Für die Verminderung des Verbrauchs ergeben sich also folgende Zahlen: Zunolge von Gebietsverlust 4,12 Milliarden, Herabsetzung der Lebenshaltung 6 Milliarden, zusammen Mark 10,12 Milliarden. Verbrauch nach dem Kriege: 33 Milliarden weniger 10,12 Milliarden ergibt einen Verbrauch von 22 Milliarden 880 Millionen. — Produktion nach dem Kriege war nach obenstehender Berechnung, 31,2 Milliarden. Danach hat also Deutschland nach dem Kriege einen Produktionsüberschuß von 8 Milliarden 820 Millionen. Aber diese Ziffer stimmt mit der Wirklichkeit noch nicht überein. Und zwar: 1) Die Ziffern sind auf deutsche Mark berechnet. Der Produktionsüberschuß erstreckt nun hauptsächlich in Produkten. Schätzt man die allgemeine Verteuerung auf 100 Prozent, so repräsentieren diese ca. 8 1/2 Milliarden Produktionsüberschuß einen Wert von 17 Milliarden Goldmark. 2.) Ferner wird der deutsche Verbrauch noch dadurch herabgesetzt (der Produktionsüberschuß also vermehrt), daß sich Deutschland um bedeutenden Einschränkungen gezwungen sieht (wie Lord Curzon, Direktor der Bank von England, in der Friedenskommission ausführte). Zum Beispiel wird Deutschland weniger Jüge als früher fahren lassen müssen, um mehr Kohlen ausführen zu können."

Die englischen Sozialisten Macdonald und Snowden über Georgien.

Das engl. Blatt „The Manchester Guardian“ berichtet über die Eindrücke, welche die angesehenen engl. Sozialisten Ramsay Macdonald und Frau Snowden bei ihrem Besuch Georgiens von unserem Lande empfangen haben, wie folgt:

Macdonald ist entsetzt von Georgien. Das Land sei unheimlich schön, und so klein es auch ist (seine Bevölkerung beträgt nur etwa 4 Millionen), so

glaubt er doch, daß es eine große Zukunft vor sich hat. Die georgische Republik ist sozialistisch, und das Ziel der Regierung ist, wie ihm ein Mitglied derselben sagte, das Land nach den Grundsätzen der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei zu organisieren. Das Experiment sei besonders interessant, weil Georgien vorwiegend (80%) bäuerliche Bevölkerung besitzt, also ein Agrarkulturstaat ist. Zunächst habe die Abicht bestanden, den Boden zu nationalisieren, da aber die Bolschewisten, die damals hier eine lebhaftere Propaganda — und zwar, wie es schien, mit Erfolg — führten, den Bauern Besitzrechte anboten, so mußte zu einem anderen System gezwungen werden, das ungefähr dem im bolschewistischen Rußland geltenden entspricht: Die Grundstücke, die beschränkten Umfang haben, bleiben Eigentum der Bauern, solange sie selbst das Land bestellen. Sie zahlen der Regierung Steuern. . . . Das größte Kohlenbergwerk, sagt Macdonald, wird durch den Staat betrieben, aber die wichtigen Mangangerwerke sind noch in Privat Händen. Alle Wälder gehören dem Staat. Von den wenigen Fabriken ist die Mehrzahl noch verstaatlicht, aber Pläne zu ihrer Sozialisierung sind in Erwägung. Viel geschieht zur Hebung der genossenschaftlichen Produktion; die wichtige Tabakergewinnung soll auch auf dieser Basis organisiert werden. Georgien ist ein ungemein fruchtbares Land; u. a. produziert es einen erstklassigen Wein. Nahrungsmittel sind reichlich vorhanden, und ein gewisser Wohlstand ist allgemein. Natürlich sieht das sozialistische Regime noch im Anfang, und seine Entwicklung wird eine geraume Zeit erfordern. Die Macht im Lande übt die sozialdemokratische Partei aus; von den 130 Mitgliedern des Parlaments gehören ihr 103 an. Alle Männer und Frauen über zwanzig Jahre sind stimmberchtig. Das Parlament wird im Verhältniswahlsystem gewählt, wobei das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bildet. Die Georgier sind gegenwärtig ausgesprochen anti-bolschewistisch und auch anti-russisch. Die bolschewistische Propaganda läßt man gewähren, da volle Meinungsfreiheit herrscht. Mit der russischen Regierung unterhält die georgische Regierung regelmäßige diplomatische Beziehungen. England habe sich jeinerzeit gegen Georgien sehr schlecht benommen, denn es habe versucht, die Georgier dazu zu zwingen, Demitina zu unterstützen, und als sie sich weigerten, solches zu tun, hätten die englischen Befehlshaber georgische Kanonen und Munition beschlagnahmt und sie Demitina überantwortet, der sie gegen Georgien gebraucht habe. Macdonald hält ein Bündnis zwischen Georgien, Aserbeidjan u. Armenien für sehr wünschenswert. Dagegen Aserbeidjan unter bolschewistischer Kontrolle steht (Armenien war, als M. seine Einbrüche dem genannten Blatt mitteilte, noch nicht slowjetisiert), so sei die örtliche Bevölkerung doch gegen die Bolschewisten geneigt und trachte danach, sie so bald als möglich los zu werden. Macdonald bemerkte zum Schluß noch, daß die Behandlung Irlands durch England dem britischen Ansehen im Nahen Osten ungeheuer schade. In Tiflis fand er, daß der Fall mit dem Bürgermeister von Cork ein allgemeines Gesprächsthema bilde.

Mittres Philip Snowden verglich ihre in Georgien gewonnenen Eindrücke mit den in Sowjet-Rußland kurz vorher empfangenen Eindrücken. „Nichts war mir“, erklärte Frau S., „auffallender als der Unterschied in der Erscheinung des georgischen und des russischen Volkes. Der beständige Anblick des Glens in Rußland war unerträglich. Die Georgier erfreuen sich eines Gesundheitszustandes, der dem der Russen unendlich überlegen ist. Sie sehen gut genährt und gut gekleidet aus und vor allem unerschrocken glücklich. Es war keine Furcht in ihren Gesichtern, und es fanden keine Demonstrationen auf militärischen Befehl statt. Der Umstand, daß die Georgier nicht wie die Bevölkerung von Aserbeidjan, unter der Herrschaft der Bolschewisten stehen, sondern in Theorie und Praxis dem Bolschewismus entgegengekehrt sind, macht es ihnen leichter, mit anderen Ländern Handel zu treiben, und dies, wie ihre eigene bessere Versorgung, erklärt ihr gut genährtes Aussehen.“

Aus dem deutschen Leben.

Aus Elizabetta lief am 1. Februar auf den Namen des Abgeordneten P. Bahl nachstehendes Tele-

gramm ein: „Sehern feierten wir die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens durch ein Meeting mit Musik, Gesang u. Tanz. Die Gemeinde bittet Sie, der Regierung u. der Grundgesetz-Versammlung unsere innigsten Glückwünsche und die Versicherung zu übermitteln, daß die Kolonie einmütig und mit allen Kräften jederzeit bereit ist, der Regierung in dem schweren Kampf für das weitere Gedeihen zu helfen. — Bevollmächtigter R. a. c.“

Tiflis.

Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß am Montag, dem 14. Februar, um 6 1/2 Uhr abends eine Versammlung in Sachen der gemeinsamen Rache stattfindet. Jede Hausfrau, die ihr täglich wiederkehrenden, Frage: „Was soll ich heute kochen?“ entgegen und sich die tägliche Arbeit am Herd eripusen will, wird freundlich gebeten, zu erscheinen. Auch jeder andere, der sich für die Sache interessiert, ist willkommen.

Zur Tätigkeit des Deutschen National-Rats in Georgien.

(Bericht, erstattet auf der Tagung der Deleg.-Versammlung des Deutschen Nationalverbandes in Georgien am 17.—19. Dez. 1920 vom Vorsitzenden des Deutschen National-Rats in Georgien P. Bahl.)

(4. Fortsetzung.)

Ich gehe über zu Alexandersdorf. Diese Fahrten habe ich im Laufe von mehr als einem Jahr in diese Kolonie gemacht, vielen Gemeindeversammlungen beigewohnt und gemeinsam mit dem damaligen Bundeslehrer Schaal allen Einfluß ausgeübt, um den schon 15—20 Jahre währenden Landstreit zwischen den Landbesitzern u. Landlosen zu schlichten, welcher das ganze wirtschaftliche und geistige Leben der Kolonie vollständig zu untergraben und zu zerstören drohte. Oft schienen alle Bemühungen umsonst und alle Ausschüßten auf eine glückliche Lösung der Streitfrage verlorren zu sein, als doch endlich am 23. Aug. d. J. in Form eines denkwürdigen Schriftstückes, unterzeichnet von beiden Parteien, eine Vereinbarung zuwege kam, welche mit keinem Schlag die ganze Situation änderte. Die Kolonie, schon wie von einem schweren Alp befreit zu sein, der auf ihr gelagert hatte und jeden Fortschritt hemmte. Was für eine ungeheure Bedeutung die zustandekommene Vereinbarung für Alexandersdorf hat, erhellt aus dem Umstand, daß die zuständige Behörde, der ich das in Rede stehende Schriftstück überbrachte, die Versicherung abgab, daß sie sich jetzt, nachdem beide Teile befriedigt seien, weiter in die Landangelegenheiten der Kolonie nicht einmischen und alles bisher den Alexandersdorfern gehörige Land in den früheren Grenzen nach den alten Plänen als deren Besitz u. Eigentum bestätigen werde. Wahrscheinlich eine günstige Lösung für die Kolonie, deren Tragweite viele noch nicht ermessen können! — Nach kurzer Unterbrechung befindet sich Alexandersdorf aber wieder in schweren Geburtswehen. Wenn auch diesmal ein gesundes Kind zur Welt kommt, soll es unglücklich sein. Es handelt sich um die Einführung der Einkommensteuer. Bei den diesbezüglichen Beratungen platen die Geister wieder hart aufeinander. Wir haben auf einer Gemeindeversammlung den Leuten die Sache auseinandergelegt und alle möglichen Ratsschlüsse erteilt. Eine Kommission aus 8 Personen arbeitet an der Sache weiter. Wenn es gelingt, auch diesmal alle Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellen, zu überwinden, so kann man den Alexandersdorfern von ganzem Herzen gratulieren. A. hat dann zwei Schritte von ungeheurer Wichtigkeit getan. Schule und Kirche, die jetzt ungemein unter den Folgen der Unreinigkeit der Alexandersdorfer Bürger leiden, können dann gedeihen und blühen, und die Kolonie, die in mancher Hinsicht gerade wegen der beständigen Zwistigkeiten, sehr zurückgeblieben ist, kann sich unter normaleren Bedingungen entwickeln; andernfalls aber muß sie zugrunde gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Druckgeber der Z. B. des Verbandes der transk. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red-Komitee.